

**Antrag 509/II/2022****Bettina Schulze (Mitte), Mathias Schulz (Mitte)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgezogen****Neue Impulse für eine soziale Wohnungspolitik in Berlin aufgreifen!****1 Forderung:**

2 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates sowie  
3 des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert,  
4 die rechtliche Machbarkeit von Zugangsbeschränkungen  
5 für den Wohnungsmarkt zu prüfen und diese sofern mög-  
6 lich umzusetzen. Hierzu ist der Vorschlag von Prof. Dr.  
7 Stefan Klinski schnellstmöglich zu prüfen. Der Vorschlag  
8 zielt im Wesentlichen darauf ab, Unternehmen der Woh-  
9 nungswirtschaft von der Marktteilnahme auszuschlie-  
10 ßen, die Wohnraumbewirtschaftung lediglich aus Grün-  
11 den der Profitmaximierung betreiben oder die auf andere  
12 Weise nicht gemeinwohlorientiert agieren. Es müssen alle  
13 Optionen ausgeschöpft werden, mit denen das Land Ber-  
14 lin dem ungebremsten Preisauftrieb der Mietpreise ent-  
15 gegenwirken kann.

16

**17 Begründung**

18 Prof. Dr. Stefan Klinski von der Hochschule für Wirt-  
19 schaft und Recht Berlin hat in einem juristischen Auf-  
20 satz neue wohnungspolitische Handlungsmöglichkeiten  
21 auf Landesebene aufgezeigt. Das Resultat seiner Recher-  
22 chen ist, dass das Land Berlin über gesetzgeberische Kom-  
23 petenzen verfügt, um den Marktzugang von Unterneh-  
24 men der Wohnungswirtschaft zu regulieren.

25

26 Sein Vorschlag besteht darin, Unternehmen der Woh-  
27 nungswirtschaft von der Marktteilnahme auszuschlie-  
28 ßen, die insbesondere aufgrund ihrer Rechtsform oder  
29 ihrer Vermietungspraxis darauf abzielen, Wohnraumbewirtschaftung lediglich aus Gründen der Profitmaximierung zu betreiben. Der Effekt bestünde darin, den ungebremsten Preisauftrieb der Mietpreise durch diesen Ausschluss nachhaltig zu dämpfen. Analogien zu dem vorgeschlagenen Verfahren finden sich in der Energiewirtschaft und bei Verkehrsbetrieben.

36 Klinski hat die denkbaren juristischen Risiken eines solchen Gesetzgebungsprojekts umfassend analysiert und kommt zu dem Ergebnis, dass sich hier eine realistische landespolitische Alternative auftut. Die fachliche Sorgfalt seines Gutachtens rechtfertigt in jedem Fall die Aufforderung an die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, eine gründliche Prüfung des Vorhabens vorzunehmen.